

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/20:

Bonn, den 20. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Von der SPD abgeschrieben 46

Auch in Rheinland-Pfalz spielt die CDU mit gezinkten Karten

2 Telefongebühren 25

Peinlich für Bundespostminister Stücklen

2 Der Appell aus Israel 22

Wie lange noch Bonner Passivität ?

3 - 4 Mao Ese-tung am Ziel 85

Potchina auf dem Weg zur fünften Thermonuklear-Meche

Hat Mao schon die Wasserstoffbombe ?

Von Erwin Erasmus Koch

5 - 6 Pekings Schatten über der Konferenz von Kairo 80

Sukarno - Chinas Hauptstütze in der blockfreien Welt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

6 Bestürzung und Mißtrauen 31

Kommunistische Stellungnahmen zu Chruschtschows Sturz

+ + +

Von der SPD abgeschrieben

Auch in Rheinland-Pfalz spielt die CDU mit gezinkten Karten

sp - In Rheinland-Pfalz und im Saargebiet, wo die CDU bekanntlich die Landesregierungen führt, nähert sich der Kommunalwahlkampf seinem Höhepunkt. Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen prangt auch hier ein verjüngter und strahlender Bundeskanzler Ludwig Erhard vor den Plakatsäulen. Er lächelt milde in die Landschaft und erweckt den Anschein, als wolle er irgendwo Bürgermeister oder Landrat werden.

Die Lokalen und regionalen Anhänger Erhards führen sich so auf, als habe es nie eine CDU-Landesregierung gegeben. Die örtlichen Flugschriften der CDU kündigen als epochemachende Neuheit die Forderung nach dem Bau von Mittelpunktschulen an, verlangen, daß endlich der Sport Hilfe erhält, versprechen dem Mittelstand eine bessere Steuergesetzgebung und den Wohnungsuchenden die intensivste Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Das alles klingt so, als hätte die CDU eigens für diesen Kommunalwahlkampf den Stein der Weisen entdeckt und als hätte sie nie - besonders auf Landesebene - alle die von ihr jetzt herausgestellten Forderungen bekämpft und mit ihren Mehrheiten niedergestimmt, als die Sozialdemokraten entsprechende Anträge stellten.

Ein prominenter CDU-Landtagsabgeordneter aus Ludwigshafen, Dr. Hans K e u b a u e r, sprach kürzlich in dem pfälzischen Städtchen Kusel über "Probleme des Mittelstandes". Bei dieser Gelegenheit erklärte Herr Neubauer laut "Pfälzische Volkszeitung" vom 26. September, der Staat habe nach der Währungsreform in erster Linie die Großindustrie unterstützt und ihr dadurch die Möglichkeit zum Investieren gegeben. Diesen Vorteil habe der Mittelstand mit seinen kleinen und mittleren handwerklichen Betrieben nie gehabt. Aus diesem Grunde solle dem Mittelstand mehr unter die Arme gegriffen werden; dazu sei allerdings eine Steuerreform Voraussetzung.

Wie es heißt, haben die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz nichts gegen diese Forderung des Herrn Dr. Neubauer einzuwenden. Sie erinnern aber daran, daß niemand die CDU-Landesregierung und die CDU-Bundesregierung daran gehindert haben würde, wenn sie schon längst die von Herrn Neubauer jetzt geforderte Steuerreform durchgeführt hätten.

Mit einer Unverfrorenheit ohnegleichen wird besonders in Rheinland-Pfalz von den CDU-Rednern die Tatsache verschwiegen, daß sich die von der CDU geführte Bundes- und Landesregierung trotz zahlreicher Versprechungen seit Jahren nicht nur um die große Steuerreform herumdrückt, sondern auch verabsäumt hat, den von a l l e m Kommunalpolitikern geforderten Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden zu verwirklichen. Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz und an der Saar sorgen jedoch dafür, daß derartige Unwahrhaftigkeiten der CDU-Propaganda bekannt werden und sind sicher, daß die Wähler zwischen Wahrheit und Dichtung zu unterscheiden wissen.

### Telefongebühren

#### Peinlich für Bundesminister Stücklen

sp - Die vom Ministerium für das Post- und Fernmeldewesen und vom Bundeskabinett gebilligte Erhöhung der Telefongebühren hat sich als ein Fumergang erwiesen. Seit dem 1. August, dem Tage also, an dem die Gebührenerhöhung in Kraft trat, sind die Einnahmen um ein Fünftel, genau genommen, um 21,3 Prozent zurückgegangen. Es handelt sich nicht um ungefähre Schätzungen, sondern um exakte sachmännische Berechnungen. Dem Bundespostminister Stücklen, nicht gerade vom Glück begünstigt, ist diese Veröffentlichung peinlich, er führt den Rückgang der Telefongebühren auf eine Veränderung der bisherigen kontinuierlichen Abrechnungsweise zurück. Ist das nicht eine zu billige Ausrede? Der Zweck der Gebührenerhöhung, die Einnahmen zu steigern, wurde nicht erreicht. Die Teilnehmer telefonieren weniger, sie "sparen" dort, wo es das Postministerium am härtesten trifft. Stücklen und das Bundeskabinett ließen sich bei der Debatte im Bundestag von den besseren Einsichten und Argumenten der Gegner der Erhöhung - zu ihnen gehörte auch Franz Josef Strauß, er fiel aber bei der Abstimmung um - nicht überzeugen, sie hielten an einer Maßnahme fest, die nun zum Gegenteil des Erhofften führte. Diese Entwicklung war voraussehbar. Das Defizit der Bundespost wird nicht geringer, es wird größer. Was wäre nun das Vernünftigste? Dem Bundestag liegt ein Antrag der SPD-Fraktion auf Zurücknahme der Gebührenerhöhung vor; aber dazu wird sich die Regierung wohl kaum entschließen. Es fällt ihr ohnehin schwer, dem gesunden Sachverstand zu folgen.

+ + +

### Der Appell aus Israel

#### Wie lange noch Bonner Passivität?

sp - Beschwichtigende Erklärungen und Worte des Bedauerns, auch wenn sie vom Bundeskanzler abgegeben werden über die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler und Techniker beim Raketenbau in Ägypten reichen nicht mehr aus. Die Israelis fühlen sich wieder einmal durch Deutsche bedroht - ein für alle schrecklicher Gedanke. Innerhalb von zwei Wochen hat der israelische Ministerpräsident Eschkol dazu vor dem Knesset, dem israelischen Parlament, Stellung bezogen und die Bonner Regierung beschworen, es nicht mit Worten allein bewenden zu lassen. Eschkol nahm die Erklärung Erhard's als Wechsel auf, der nun eingelöst werden müsse, gab aber auch zu verstehen, daß das Verständnis für die Lage Deutschlands nicht so ausgelegt werden könne, "als ob wir uns mit Unterlassungen abfinden wollten, die von der Ohnmacht Zeugnis geben, aus der an sich positiven Grundsätzen praktische Konsequenzen zu ziehen". Erler und Wehner, die sozialdemokratischen Hauptredner bei der letzten Bundestagsdebatte, haben auf diese schwärende Wunde in den deutsch-israelischen Beziehungen hingewiesen; von Regierungsseite erfolgte kein Echo. Wie lange noch? Ein sozialdemokratischer Gesetzesentwurf im Bundestag gibt der Regierung die Möglichkeit, die Friedengefährdende Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten zu verhindern. Seine Beratung sollte schnellsten erfolgen, ehe wieder völlig zerstört wird, was durch die Erfüllung des Wiedergutmachungsabkommens bisher erreicht wurde.

+ + +

Mao Tse-tung am Ziel

Rotchina auf dem Weg zur fünften Thernonuklear-Macht  
Hat Mao schon die Wasserstoffbombe ?

Von Erwin Erasmus Koch

Am 16. Oktober 1964 hat die Volksrepublik China den großen Sprung vom Wasserschöpftrad zur Atomwaffe innerhalb von 15 Jahren, zweifellos im wesentlichen aus eigener Kraft, vollzogen. Von der ersten nuklearen Bombe zum Arsenal an Kernwaffen und ihrer Träger bleibt jedoch noch eine weite Strecke Weges, eine Dekade oder mehr. Gleichviel, Mao Tse-tung ist am Ziel. Sein Widersacher Chruschtschow hat die Bühne verlassen. Der Schwerwasser-Reaktor von Peotu am Eingang zur Inneren Kongo-lei hat seine Schuldigkeit getan. Die von 3000 rotchinesischen Kernphysikern und Technikern ausgelöste nukleare Detonation wird auf immer mit Chruschtschows Abgang verbunden sein. Steht nunmehr die Überbrückung des kommunistischen Schismas oder das Zusammenrücken der USA und der Sowjetunion gegen die Drohung der chinesischen Apokalypse bevor? Nur der Verlauf des Geschehens der nächsten Zukunft vermag diese Frage zu beantworten. Eine weitere Frage stellt sich die Welt: Von welcher Art war die Sinkiang - "Atom"- Bombe?

Handelt es sich um eine Plutonium 239-Waffe, oder gleich um eine Wasserstoffbombe? Westliche Experten, ständige Beobachter der Verhältnisse Chinas, schließen die Möglichkeit nicht aus, daß zur Zündung einer thernonuklearen Apparatur die Plutoniumbombe benutzt wurde, daß also Rotchina bereits eine Wasserstoffbombe zur Explosion gebracht hat. Sollte indessen lediglich die Kernspaltungsbombe erprobt worden sein - einwandfreie und verlässliche Feststellungen darüber sind nicht ohne weiteres möglich - so wäre die Entwicklung der thernonuklearen Waffe jedenfalls nicht mehr schwierig.

Die Voraussetzungen zum Bau der Wasserstoffbombe sind bereits erfüllt. Rotchina lieferte im Februar 1964 insgesamt 300 000 Tonnen Lithium, also den Kernverschmelzungssprengstoff, an die Sowjetunion, und vor allem, Peking rühmte sich dieser Lieferung. Darin lag ein deutlicher Hinweis auf die Fähigkeit zur Fertigstellung der thernonuklearen Waffe. China muß durchaus nicht der schwierigen Entwicklung folgen, die noch zunächst die Vereinigten Staaten und dann die Sowjetunion im Stufenprozeß von der Kernspaltungsbombe zur Kernverschmelzungswaffe, der Wasserstoffbombe, einschlagen mußten. Aber selbst wenn bisher lediglich die Plutoniumbombe zum Best gebracht wurde, wäre der Weg zur thernonuklearen Waffe nicht mehr weit. Weit und schwierig ist nur der Weg zum Arsenal.

Im folgenden eine nach Daten geordnete Analyse der Entwicklung der Atomwaffe Rotchinas:

Frühjahr 1950: Abschluß des chinesisch-sowjetischer Freundschafts-, Bündnis- und Hilfeleistungsvertrages (14.2.1950).  
Gründung der chinesisch-sowjetischer "Buntmetall-Gesellschaft Sinkiang". Abbau der entdeckten Uran- und Thoriumlager in Sinkiang, Ost-Tibet, Szechuan, Kansu und später in Kuantung. Ausbau des atomaren Forschungszentrums Sinkiang, "Mittelpunkt Urumtschi.

- Ende 1953: Rückkehr von 200 hochqualifizierten chinesischen Kernphysikern aus den USA, Großbritannien und Frankreich nach Rotchina, darunter auch Professor Ko Ting-shui, dem Mitschöpfer der "Hiroshima-Bombe".
- Ende 1954: Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit Rotchinas und der Sowjetunion. Erfahrungs- und Informationsaustausch (12.10.1954).
- 1957: Abschluß eines geheimgelassenen chinesisch-sowjetischen Abkommens über "Neue Technik und Verteidigung". Die UdSSR liefert an Rotchina kleine Mengen angereicherter Urans (Uran 235) und Schweres Wasser. Mao Tse-tung verlangt die Lieferung eines Uran-Bomber-Modells durch die UdSSR.
- Frühjahr 1958: Eröffnung der Akademie für Militärwissenschaften in Peking mit Unterstützung des sowjetischen Oberkommandos. "zur Beschaffung neuer Waffen". Die Sowjetunion verweigert die Preisgabe atomarer Waffenforschungsgeheimnisse.
- Sommer 1959: Kündigung des chinesisch-sowjetischen Geheimabkommens durch die UdSSR. Nachfolgend Abzug der ausgetauschten Wissenschaftler aus der Sowjetunion und Rotchina.
- 1960: Durchbruch Rotchinas zum Erfolg der eigenen atomaren Waffenforschung. Mindestens vier Schwerwasserreaktoren beginnen zu arbeiten.
- 1962: 3000 rotchinesische Forscher und Techniker über 39 Atomzentren verteilt in China an der Arbeit.
- 1960 - 1964: Jährliche Herstellung von vier bis sechs Kilogramm Plutonium. Arbeiten an der Wasserstoffbombe in Urumtschi und Paoan.

Eine militärische Analyse einer Macht des Westens bringt weiter zum Ausdruck, daß in Sinkiang sowohl Düsenbomber als auch Kurzstrecke-Mittelstrecken-Raketen gebaut werden. Die Arbeiten an einem mit atomarer Kraft getriebenen U-Boot werden fortgeführt. So ist Rotchina auf dem Wege zur fünften Thermonuklear-Macht.

Pekings Schatten lag über der Konferenz von Kairo

Sukarno - Chinas Hauptstütze in der blockfreien Welt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

In dem langen Kairoer "Monolog", wie ein Teilnehmer die Reden der rund 50 Delegationschefs der blockfreien Länder bezeichnete, gab es trotz aller Einheits- und Übereinstimmungsbestrebungen in so all-gemein-grundsätzlichen Fragen wie Notwendigkeit der Friedenserhaltung und Hilfe für die Entwicklungsländer gleich am ersten Tage einige un-überhörbare Dissonanzen. Haben sie dem Konferenzverlauf und -abschluss auch nicht grundsätzlich ihren Stempel aufgedrückt, so stellen sie doch - verglichen mit der ersten Belgrader Konferenz der Blockfreien - eine relativ neue Erscheinung dar. Hatten die Blockfreien nämlich bis-her nur um einen abgrenzenden Standpunkt zwischen den beiden großen Machtblöcken gerungen, kam in Kairo erstmals in dieser Form der poli-tisch-ideologische Einfluß Chinas unter einigen Konferenzteilnehmern deutlich zum Vorschein.

Die "neuen Kräfte"

Zum maßgeblichen Sprecher der "prochinesischen Linie" hat sich der indonesische Staatspräsident Sukarno gemacht, dem sich vorsichtig einige Führer Afrikas anschlossen, so der ghanesische Staatschef Nkrumah und der Präsident Guineas Sekou Toure. Die ideologische Kon-zeption Sukarnos ist die der "neuen Kräfte", worin sich unschwer die von China angestrebte Front von Marxisten, antikolonialistischen Kräf-ten der blockfreien Welt und fortschrittlichen Bewegungen in den ka-pitalistischen Ländern wiedererkennen läßt. Nach Meinung Sukarnos könnte diese weltumspannende Konstellation der "neuen Kräfte" erst nach einer radikalen Abrechnung mit den "alten Kräften" einen Zustand des gesicherten Friedens, wirklicher Fortschritts und wirtschaftlicher Gleichberechtigung herstellen. Kein Wunder also, wenn Sukarno im Ge-gensatz zu den meisten anderen Konferenzteilnehmern keine optimisti-sche Bestandsaufnahme der gegenwärtigen politischen Lage gab. Sein Kampfesaufruf für die "neue Welt" gipfelte in der Feststellung: "Die alten Kräfte, die die Entwicklungsländer zu beherrschen suchen, sind noch nicht vernichtet, und wir träumen noch immer von der Welt der neuen Kräfte".

Jugoslawien macht Front

Hinter diesen etwas mystisch-unpräzisen Begriffen ist es nicht schwer, die chinesische Grundkonzeption herauszuhören. Kein Wunder, wenn ausgerechnet die Jugoslawen, sonst immer um eine selbst vorder-gründige Einmütigkeit der blockfreien Welt bedacht, schon während des Konferenzverlaufs offen gegen Sukarno und dessen Konzeption aufzutret-en begannen. Sie beschuldigten ihn, es ginge ihm trotz der Benutzung dieser Worte gar nicht wirklich um Frieden und Koexistenz und es lie-ge ihm auch nicht sehr viel am Erfolg der Kairoer Konferenz.

Hatte die jugoslawische Verstimmlung sich bisher bereits auf die kommunistische Partei Indonesiens und einige allzu prochinesische Politiker und Regierungsmitglieder dieses Landes gerichtet und Su-karno selbst noch verschont, macht sie jetzt auch nicht mehr vor

dem noch vor gar nicht so langer Zeit als Freund gefeierten Sukarno halt. Die jugoslawisch-indonesische Verstimmung setzte bereits anläßlich des Tauziehens darum ein, welche Konferenz, die der Blockfreien oder aber eine afro-asiatische nach dem Vorbild von Bandung, den zeitlichen Vorrang haben sollte. Tito und Kasser hatten sich in dieser Frage gegen den Pekings Ansicht vertretenden Sukarno durchgesetzt, aber damit den Kampf noch keineswegs erdgültig gewonnen. Die zweite Bandungkonferenz steht für April nächsten Jahres bevor. Und in unserer konferenzzwischen Zeit deutet sich an, daß Sukarno die Einberufung einer "Konferenz der neuen Kräfte" betreiben könnte, die ein offenes Bündnis zwischen Blockfreien und Kommunisten herstellen soll. Schon mit der Gegenüberstellung seiner Ideen hat die blockfreie Welt einen bedeutenden Riß erhalten, den zu kitten wohl so bald kaum möglich sein wird.

### Bestürzung und Mißtrauen

#### Kommunistische Stellungnahmen zu Chruschtschows Sturz

sp- Eine erste Übersicht der Stellungnahmen zahlreicher kommunistischer Parteien zum Sturz Chruschtschows zeigt, daß man in Führungsgremien nicht nur beunruhigt ist, sondern auch offenes Mißtrauen zu der Entscheidung der jetzt führenden Männer im Krenl äußert. Die norwegische KP hat in ihrer Zeitung den Krenl sogar der Lüge bezichtigt und dem Zentralkomitee der KP der Sowjetunion vorgeworfen, es verhindere eine freie und offene Diskussion. Der polnische Parteichef Gomulka und Ungarns Ministerpräsident Kadar haben in einem gemeinsamen Kommuniqué ausdrücklich noch einmal die "Selbständigkeit jeder Partei im Kampf um die gesellschaftliche Umgestaltung des eigenen Landes" gefordert. Gleichzeitig erklären Kadar und Gomulka die "Politik der friedlichen Koexistenz als unveränderliche Grundlage der Außenpolitik" beider Länder. In einer anderen Verlautbarung, die anläßlich des Besuchs der ungarischen Partei- und Regierungsdelegation in Warschau herausgegeben wurde, heißt es, Chruschtschow habe sich große Verdienste erworben. Die offizielle tschechoslowakische Nachrichtenagentur CETEKA verbreitet die Stellungnahme des Prager Parteipräsidenten, in der es heißt: "Unsere Partei und unser Volk schätzte die Aktivität des Genossen Chruschtschow sowohl hinsichtlich der Ausführung der Generallinie der kommunistischen Partei der Sowjetunion beim Kampf zur Verwirklichung der Politik der friedlichen Koexistenz als auch bei der Enthüllung der falschen Methoden in der Periode des Persönlichkeitskults."

Auch die KP Großbritanniens, Italiens und Bulgariens haben in ähnlichen Verlautbarungen zum Sturz Chruschtschows Stellung genommen. Auffallend ist jedoch, daß sich die französische KP nur sehr zurückhaltend äußert, was in Pariser politischen Kreisen darauf zurückgeführt wird, daß der sowjetische Botschafter Winogradow dem Zentralkomitee der KP Frankreichs schon für die nächsten Tage eine ausführliche Darstellung der Beweggründe für den Sturz Chruschtschows in Aussicht gestellt hat.